

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 39/39
Telefax: 886 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Robert Antretter MdB
zu sozialdemokrati-
schen Perspektiven für
Europa: Politische
Union statt Machtblock.
Seite 1

Professor Klaus-Dieter
Osswald MdB zu den
blutigen Ereignissen in
Jerusalem: Israels Poli-
tik der Härte kann nicht
länger toleriert werden.
Seite 3

Hermann Bachmaier
MdB zum Entwurf des
Umweltgesetzbuches:
Gründlich prüfen, aber
nicht überbewerten.
Seite 4

Rudolf Dreßler MdB zur
Erinnerung an die Ent-
stehung der Arbeits-
gemeinschaft für Ar-
beitnehmerfragen: Vor
20 Jahren - Erste Ar-
beitnehmerkonferenz
der SPD.
Seite 5

Jens Volbert MdL zur
wirtschaftlichen Ent-
wicklung in Deutsch-
land: Klingende Kassen
im Westen, tiefes Auf-
tragsloch im Osten.
Seite 6

45. Jahrgang / 193

9. Oktober 1990

Politische Union statt Machtblock

Zu sozialdemokratischen Perspektiven für Europa

Von Robert Antretter MdB

Vorsitzender des Bundestags-Unterausschusses für EG-Fra-
gen und

Mitglied des Präsidiums der Europa-Union Deutschlands

Nach Vollendung der staatlichen Einheit Deutschlands müssen wir uns der nächsten großen Aufgabe zuwenden: der Beschleunigung und Vertiefung der europäischen Einigung; denn wir wollen gerade jetzt ein "europäisches Deutschland" - jetzt müssen wir als Sozialdemokraten die Meinungsführerschaft erringen in der Gestaltung des Prozesses, in dem der deutsche Nationalstaat in die europäische Einigung eingebunden wird und in ihr aufgeht. Zwei wichtige Konferenzen stehen Ende des Jahres vor uns: eine Regierungskonferenz zur Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion in der EG und parallel dazu, eine Konferenz, in der die Voraussetzungen für die Politische Union der in der EG zusammengeschlossenen Staaten vereinbart werden sollen.

Nutzen wir unsere Erfahrungen seit dem 1. Juli, um Fehlentwicklungen bei der europäischen Währungsunion rechtzeitig anzunehmen! Zum Beispiel: Können wir ein europäisches unabänderliches Festkurssystem mit Eurowährung schon 1995 - wie von der EG-Kommission vorgeschlagen - akzeptieren, wenn die Lebens- und Arbeitsbedingungen, die Wettbewerbsfähigkeit und die Produktivität der europäischen Unternehmen - weit auseinanderliegen? Wie hoch sind die Anpassungskosten bei der "Roßkur" eines Festkurssystems für die benachteiligten Regionen in der EG? Und wie steht es um die demokratische Kontrolle und politische Verantwortung des europäischen Zentralbankenausschuß und anderer Gremien, die der nationalen Haushaltspolitik "mehrjährige wirtschaftspolitische Leitlinien" vordiktieren sollen?

Viel ist derzeit vom Abbau des Demokratiedefizits in der EG die Rede. Zu Recht. Wir müssen jetzt darauf achten, daß bei der Gestaltung der Währungsunion nicht neue Demokratiedefizite entstehen. Deshalb müssen wir Vorschläge unterbreiten, wie die politische Richtungskontrolle des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente in der nächsten Stufe der Währungsunion konzentriert werden kann; denn die Haushaltspolitik wird weiterhin in die Zuständigkeit der nationalen Parlamente fallen. Nach den derzeit

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement, Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

FremdWegUmgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



diskutierten Plänen in Brüssel hätte die Bundesregierung jedenfalls nicht in alleiniger Verantwortung und Zuständigkeit ihren Schuldenturm anhäufen können.

Ein anderes Beispiel. Wir wollen die Politische Union Europas, nicht aber einen machtpolitischen westeuropäischen Block, der als Gendarm in den Krisengebieten der Welt auftritt. Wir sind für die Fortführung der europäischen Einigung hin zur Politischen Union, schon allein deshalb, weil die EG das erfolgreichste Beispiel einer Friedensgemeinschaft ist. Der Faktor militärische Macht und nationalstaatliche Interessenpolitik ist in der EG domestiziert worden. Im Binnenmarkt 1992 werden die Grenzen ihren trennenden Charakter verlieren und es werden wirtschaftliche Verhältnisse wie in einem Bundesstaat herrschen.

Halten wir deshalb die EG frei von einer Bündelung militärischer Macht und halten wir den Weg offen für den Beitritt der osteuropäischen Staaten zur EG. Wir wollen an der deutsch-polnischen Grenze eine ähnliche Offenheit und Zusammenarbeit erreichen, wie an der deutsch-französischen Grenze. Diese Aufgaben können wir jedoch nur gesamteuropäisch lösen, in einer um die osteuropäischen Staaten erweiterten EG. Wir müssen also bei den Verhandlungen zur Politischen Union genau beobachten, inwieweit die Sicherheitspolitik der Mitgliedsstaaten in die EG eingeführt werden soll.

Dennoch scheuen wir nicht eine stärkere sicherheitspolitische Zusammenarbeit der westeuropäischen Staaten. Beispielsweise könnte der Export von Kriegswaffen gesamteuropäisch kontrolliert werden; denn alle nationalen Kontrollen greifen nicht mehr, wenn eine Firma wie MBB mit ihren französischen Partnern Kriegswaffen in den Irak liefert. Und wir brauchen eine europäische Koordination bei der Konversion der Rüstungsindustrie auf die zivile Produktion. Und schließlich: wir sind keine Verantwortungsneutralisten. Noch nie zuvor war die Chance so groß, das System der kollektiven Sicherheit im Rahmen der UNO in die Realität umzusetzen. Warum sollten die Europäer nicht ihre Kräfte bündeln und mit einer Stimme im Weltfriedensrat auftreten? Für diese sicherheitspolitische Zusammenarbeit haben wir bereits ein Forum, die WEU. Sie sollte der Keim eines europäischen Pfeilers in der NATO werden, mit dem die Europäer ihrer friedenspolitischen Verantwortung in der NATO und UNO gerecht werden.

Ein letztes Beispiel: Im Vorfeld der Regierungskonferenzen kursieren wieder viele Vertragsentwürfe und akademische Debattenbeiträge für die Verfassungsprinzipien einer europäischen Union. Hüten wir uns vor einer Diskussion um abstrakte Prinzipien. Wir wollen eine Gemeinschaft, die auf globale Herausforderungen angemessen reagieren kann auf die ökologischen sozialen und gesellschaftspolitischen Herausforderungen eines offenen Europas, das sich auf dem schwierigen Weg zu multikulturellen Gesellschaften befindet und in dem die kleineren Mitgliedsstaaten um ihre nationale Identität fürchten. In diesem Europa muß die EG die Rahmenbedingungen setzen, um den ökonomischen und gesellschaftlichen Wandel sozial- und umweltverträglich zu gestalten.

Eine abstrakte Anwendung des Subsidiaritätsprinzips in der Verfassungsdebatte zur Europäischen Union wird dieser besonderen Verantwortung der EG nicht gerecht. Wir wollen den Nationalstaat in einem Europa der Regionen überwinden; wir wollen aber auch, daß die EG ihrer besonderen politischen Verantwortung als Friedensgemeinschaft gerecht wird. Schon jetzt wird deutlich, daß die Konservativen und Ordoliberalen das Subsidiaritätsprinzip immer dann anführen, wenn auf europäischer Ebene verbindliche soziale Sockelrechte für die Arbeitnehmer und besonders benachteiligte Gruppen am Arbeitsmarkt vereinbart werden sollen. Ähnliche Tendenzen lassen sich auch im Umweltschutz beobachten. Wir müssen deshalb ein eigenes Konzept für eine Stärkung der Kompetenzen der Regionen und Bundesländer in der Europäischen Union entwickeln, das wir dem Subsidiaritätsprinzip, als Kampfbegriff einer Entstaatlichungsideologie, entgegensetzen können.

(-/9.10.1990/rs/ks)

Israels Politik der Härte kann nicht länger toleriert werden

Zu den blutigen Ereignissen in Jerusalem

Von Professor Klaus-Dieter Osswald MdB

Was gestern in Jerusalem passierte und nun voraussichtlich weiter eskalieren wird, kam keineswegs aus heiterem Himmel. Derartige Gewaltausbrüche waren leider vorauszusehen.

Die kompromißlose Politik Israels der "eisernen Faust" erzeugt seit langer Zeit einen Druck, der sich zwangsläufig irgendeinmal entladen muß.

Dies liegt weniger an der Mentalität der Palästinenser, als vielmehr an Gesetzmäßigkeiten, für die es überall auf der Welt genug Beispiele gibt.

Dabei ist die INTIFADA insgesamt gesehen ein eher gewaltarmer Aufstand, wenn man die Erhebung der Palästinenser mit anderen Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt vergleicht.

Es ist fast makaber, die Zahlen der Opfer gegeneinander aufzurechnen.

Dennoch zeigen die Zahlen doch ganz eindeutig, wer in diesem Konflikt wirklich Gewalt anwendet.

Gestern waren es 25 erschossene und über 100 durch Schüsse Verletzte auf der Seite der Palästinenser gegenüber einigen durch Steinwürfe verletzte Israelis.

Insgesamt wurden während der INTIFADA bereits etwa 1.000 Palästinenser getötet und bald an die 100.000 verletzt. Auf israelischer Seite liegt die Zahl der Getöteten unter 50.

Peres de Cuellar hat somit Recht, wenn er das israelische Vorgehen als maßlos überzogen bewertet.

Im Sicherheitsrat zeigte sich wieder einmal mehr, daß es in der Beurteilung von Unrecht nach wie vor unterschiedliche Maßstäbe gibt.

Das neuerliche Veto der USA ist bezeichnend. Würde Saddam Hussein morgen in Kuwait ein ähnliches Massaker verüben, würden die USA dies mit Sicherheit ebenso verurteilen wie alle anderen Sicherheitsratsmitglieder.

Die traurigen Vorgänge in Jerusalem geben Anlaß zu folgenden Feststellungen:

1. Israel schadet sich mit seiner Politik zunehmend selbst am meisten..
2. Die USA und andere, die diese Politik durch diplomatische Rücksichtnahme und Absicherung erst ermöglichen, tun Israel damit nur vordergründig einen Gefallen. Langfristig wird dies den Konflikt nur verschärfen.
3. Es muß der Welt möglich sein, israelisches Unrecht genauso zu bewerten wie jedes andere Unrecht. Nur dann kann die Völkergemeinschaft auch einen wirklichen Beitrag zu einer Lösung des Israel-Palästina-Problems leisten.
4. Auch die Bundesrepublik muß berechtigt sein, in Israel darauf zu dringen, die kompromißlose Politik der Härte aufzugeben und endlich einer internationalen Friedenskonferenz zuzustimmen.

(-/9.10.1990/rs/ks)

Gründlich prüfen, aber nicht überbewerten
Zum Entwurf des Umweltgesetzbuches

Von Hermann Bachmaler MdB
Stellvertretender Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Rechtsausschuß und
Vorsitzender der Arbeitsgruppe "Umweltrecht"

Der Entwurf eines allgemeinen Teils eines Umweltgesetzbuches, den namhafte Rechtsprofessoren dem Bundesumweltminister vor kurzem vorgelegt haben, ist ein ernstzunehmender Ansatz zur Vereinheitlichung des Umweltrechts. Von einem "Grundgesetz des Deutschen Umweltrechts" zu sprechen, wie es einer der Verfasser bei der Vorstellung des Werkes tat, ist allerdings übertrieben. Und dem vom Präsidenten des Umweltbundesamtes aufgestellten Anspruch, "vom Bürger auch verstanden zu werden", wird der vorgelegte Entwurf kaum gerecht. Dies zeigt sich bereits in Paragraph 1, wo zum Beispiel der Begriff Umweltgefahr definiert wird als "dasjenige Umweltrisiko, welches unter Berücksichtigung des Grades seiner Eintrittswahrscheinlichkeit und des Schadensumfanges nicht mehr hinnehmbar ist". Wichtiger als Formulierung und Systematisierung des Umweltrechts ist auf jeden Fall eine stärkere inhaltliche Berücksichtigung der Interessen der Umwelt.

Nicht zu bestreiten ist, daß Übersichtlichkeit und Systematik des Umweltrechts zu wünschen übrig lassen. In zahlreichen Gesetzen finden sich Regelungen über den Umweltschutz. Die rechtlichen Maßstäbe, die für die verschiedenen Umweltbereiche gelten, sind uneinheitlich. Zweifelhaft erscheint aber, ob der Weg zur Vereinheitlichung, den der Entwurf des Umweltgesetzbuches einschlägt, gangbar ist. Der Arbeit des Gesetzgebers an umfassenden Gesetzeswerken war auf manchen anderen Rechtsgebieten wenig Erfolg beschieden. So wird seit rund 15 Jahren an einem Sozialgesetzbuch gearbeitet, das noch längst nicht fertiggestellt ist.

Das Umweltgesetzbuch soll so verschiedenartige Bereiche wie die Umweltplanung, die Umwelthaftung und die Umweltschutzorganisation in Betrieben - um nur einige zu nennen - zusammenfügen. Und selbst für die Ausgestaltung von Genehmigungsverfahren muß gefragt werden, ob die Umweltmedien Wasser, Luft, Boden, die Abfallentsorgung oder der Strahlenschutz einheitlich behandelt werden können. Sind nämlich wieder zahlreiche Sonder- und Ausnahmenvorschriften nötig, wird das Gegenteil des vom Gesetzentwurf angestrebten Zieles erreicht. Erst im Jahre 1976 ist das Verwaltungsverfahrensgesetz kodifiziert worden. Und jetzt sollen schon wieder neue Instrumente wie die Umweltbewilligung eingeführt werden. Wäre da nicht eine Vereinheitlichung auf der Basis des Verwaltungsverfahrensgesetzes sinnvoller? - Viele Fragen sind offen, die einer sorgfältigen Erörterung durch Rechtswissenschaft, Verwaltungspraxis und Politik bedürfen.

Zu einigen Punkten des Entwurfs wird Minister Töpfer aber schon bald Farbe bekennen müssen. Einige der vorgeschlagenen Regelungen gehen nämlich erheblich über die bisherigen Vorstellungen der Bundesregierung hinaus. So sieht der Entwurf im Umwelthaftungsrecht eine Gefährdungshaftung für bodengefährdende Handlungen und für den Transport umweltgefährdender Stoffe vor. CDU/CSU und FDP haben in den Beratungen des Bundestages über das Umwelthaftungsgesetz hingegen alle Vorstöße der SPD abgeblockt, die Gefährdungshaftung über den Kreis bestimmter, im einzelnen aufgezählter Arten von Anlagen hinaus zu erweitern. Für Umwelt- und Naturschutzorganisationen will der Gesetzentwurf die Verbandsklage vor den Verwaltungsgerichten ermöglichen. Dies entspricht einer seit langem erhobenen SPD-Forderung, die die Bundesregierung immer wieder abgelehnt hat. Dem Bürger gewährt der Entwurf freien Zugang zu Umweltinformationen, die sich bei den Behörden befinden. Auch in dieser Hinsicht herrscht bei der Bundesregierung bislang Fehlanzeige, obwohl die SPD eine Verbesserung der Informationsrechte und damit der Mitwirkungsmöglichkeiten des Bürgers im Umweltbereich verlangt hat.

Um ein Fazit zu ziehen: Ein umfassendes Gesetzbuch, das den Umweltschutz auch tatsächlich stärkt, ist von erheblicher Bedeutung. Wichtig ist aber auch, daß wir endlich einen Umweltminister bekommen, der die Belange der Umwelt gegenüber den Interessen seiner Kabinettskollegen durchzusetzen versteht. Hieran mangelt es derzeit. Dies hat sich zum Beispiel bei den Diskussionen über die Verankerung des Umweltschutzes im Grundgesetz, über die notwendige Verschärfung des Umwelthaftungsrechts und über die längst überfällige Reform des Umweltstrafrechts gezeigt.

(-/9.10.1990/rs/ks)

Vor 20 Jahren: Erste Arbeitnehmerkonferenz der SPD
Zur Erinnerung an die Entstehung der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen

Von Rudolf Dreßler MdB
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

"Vollbeschäftigung, Humanisierung des Arbeitslebens, Mitbestimmung, Ausbau sozialer Sicherung und die Bewältigung der Gemeinschaftsaufgaben", so beschrieb Helmut Rohde vor 20 Jahren wesentliche Inhalte sozialdemokratischer Zielvorstellungen. Das war auf der ersten Bundesarbeitnehmerkonferenz der SPD am 10. und 11. Oktober 1970 in Schweinfurt. Helmut Rohde sprach damals in seiner Funktion als Vorsitzender des Arbeitnehmerbeirates der SPD. Später sollte er der erste Vorsitzende der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) werden.

Genau 20 Jahre später stelle ich fest: An den genannten Zielvorstellungen hat sich nichts geändert. Auch einer weiteren Bemerkung von Helmut Rohde anlässlich der ersten Bundesarbeitnehmerkonferenz der SPD läßt sich nichts hinzufügen: "Im historischen Ablauf war es die Lage der Arbeitnehmer, die den Anstoß für das politische Handeln der Sozialdemokraten gegeben hat. Sozialdemokraten haben dabei erkannt, wie sehr das Schicksal der Nation und die Lage der arbeitenden Menschen miteinander verbunden sind. Es ist unsere historische Erfahrung, daß unter Ausbeutung und politischer Entrechtung nicht nur die arbeitenden Menschen, sondern die politische Moral des Ganzen gelitten haben."

Aus dem Arbeitnehmerbeirat der SPD ging die AfA hervor, deren Gründungskonferenz drei Jahre nach der Schweinfurter Veranstaltung im Oktober 1973 in Duisburg stattfand. Das Motto damals hieß "soziale Demokratie verwirklichen". Herbert Wehner bezeichnete die AfA in seiner Duisburger Rede als "Auge, Ohr und Herzkammer der SPD". Und er fügte an, der "Lebensnerv" der SPD sei "ihre Kommunikation mit den betriebsfähigen Menschen". Damit hat er auch beschrieben, was die AfA nicht ist: Sie ist keine parteiinterne Hausmacht zur bequemen Mehrheitsbeschaffung und Funktionsverteilung. Da, wo die AfA stark ist, wo die von Wehner beschriebene Kommunikation über die SPD-Betriebsorganisation am besten funktioniert, da erzielt die SPD in schöner Regelmäßigkeit ihre besten Wahlergebnisse. Und die AfA hat immer Diskussionsanstöße inhaltlicher Arbeit gegeben, die für Bewegung in der Partei sorgen. Stellvertretend nenne ich das Programm "Arbeit und Umwelt", den "Wertschöpfungsbeitrag", die "Mitbestimmung" und die "Verkehrspolitik". Wesentliche sozialpolitische und arbeitsrechtliche Elemente unseres neuen Regierungsprogramms tragen unzweifelhaft die Handschrift der AfA.

Das hat mit Pöstchenverteilen und innerparteilicher Machtpolitik nichts, mit geradliniger sozialdemokratischer Politik für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer viel zu tun.

Angesichts der deutsch-deutschen Entwicklung war es nur logisch und zwingend, auch in der ehemaligen DDR eine Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen zu gründen. Die formale Einheit der gesamtdeutschen AfA werden wir am 24. November dieses Jahres besiegeln, faktisch arbeiten wir bereits zusammen. In den neuen Bundesländern haben sich engagierte AfA-Mitglieder längst daran begeben, gute Traditionen fortzusetzen. Mit ihrer Aktivität für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer machen sie die SPD stark.

(-/9.10.1990/rs/ks)

Klingende Kassen im Westen, tiefes Auftragsloch im Osten
Zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland

Von Jens Volbert MdL

Wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag von Schleswig-Holstein

Die deutsche Währungsunion ist für den westdeutschen Einzelhandel zum besten Geschäft der Nachkriegszeit, für die Konsumgüterindustrie und den Einzelhandel der DDR jedoch zu einem Alptraum geworden.

Nach den jüngsten Ergebnissen des Statistischen Landesamtes lag der schleswig-holsteinische Einzelhandelsumsatz im Juli - dem ersten Monat nach der Währungsunion - um 17 Prozent höher als im Juli 1989. Allein von Juni zu Juli dieses Jahres - also im Übergang zur "DM-Zeit" - stiegen die Einnahmen des Einzelhandels um elf Prozent.

Dabei haben sich - ausgelöst durch DDR-Käufer - die Umsatzerlöse auf einigen Teilmärkten geradezu überschlagen. Die Renner waren dabei:

- Fahrzeuge und Fahrzeugteile:
 - + 16 Prozent zum Vormonat (Juni)
 - + 46 Prozent zum Vorjahresmonat (Juli 1989)
- Elektrotechnische Erzeugnisse, Musikinstrumente und so weiter:
 - + 27 Prozent zum Vormonat
 - + 36 Prozent zum Vorjahresmonat
- Papierwaren, Druckerzeugnisse und Büromaschinen:
 - + 33 Prozent zum Vormonat
 - + 32 Prozent zum Vorjahresmonat.

Der Umsatz der Warenhäuser und Verbrauchermärkte in Schleswig-Holstein ist allein von Juni auf Juli um 20 Prozent gestiegen.

Käufer aus der DDR haben im Einzelhandel der Bundesrepublik und damit auch in Schleswig-Holstein die Läger geräumt und die Kassen gefüllt. Hierüber könnte man sich uneingeschränkt freuen, wenn dem nicht ein Rückgang des DDR-Einzelhandels gegenüberstehen würde, der einem Zusammenbruch gleichkommt. Denn jenseits der - Noch - Grenze war der Einzelhandelsumsatz nach Inkrafttreten der Währungsunion in einem einzigen Monat um 44 Prozent gesunken; - in den grenznahen Bezirken zur Bundesrepublik Deutschland zum Teil noch erheblich mehr. Es zeigt sich, daß die - überwiegend kreditfinanzierten - öffentlichen Hilfen für die DDR nicht, wie eigentlich vorgesehen, dem Aufbau der DDR zugute kommen, sondern als Verkaufserlöse in die Kassen der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland zurückfließen. Wenn sich daran nichts ändert, ist der Zusammenbruch der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes auf dem Gebiet der Ex-DDR vorprogrammiert und auf dem Gebiet des Westens wächst mit dem privaten Reichtum öffentliche Verschuldung und öffentliche Armut.

Dies kann so nicht weitergehen. Die Wirtschaft ist aufgefordert, in den Monaten nach der Vereinigung verstärkt in der DDR zu produzieren und DDR-Produkte zu kaufen und nicht - wie bisher - auf den Verkauf von Produkten aus dem Gebiet der Bundesrepublik in die Ex-DDR zu setzen. Nur wenn der Beitrag der Wirtschaft auf dem Gebiet der Ex-DDR zur Versorgung der gesamtdeutschen und internationalen Märkte in den nächsten Monaten erheblich steigt, ist dort eine Katastrophe für die Wirtschaft und die Beschäftigten zu vermeiden. Nur wenn auf diese Weise der Beitrag der neuen Bundesländer zum Bruttoinlandsprodukt Gesamtdeutschlands nachhaltig wächst, sind künftig Kapazitätsengpässe, inflationäre Tendenzen und weitere Zinssteigerungen in einem gemeinsamen Deutschland vermeidbar.

(-/9.10.1990/rs/ks)
